

Auszüge aus dem

Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2015

gemäß § 10 Absatz 1 der LUBW-Satzung



Baden-Württemberg

1	GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN	3
1.1	Gesetzliche Grundlagen	3
1.2	Unternehmensstruktur	3
1.3	Wirtschaftliches Umfeld	3
1.4	Arbeitsschwerpunkte	4
1.5	Personal	6
2	ERTRAGSLAGE	6
3	FINANZLAGE	7
4	VERMÖGENSLAGE	8
5	NACHTRAGSBERICHT	9
6	BERICHT ZU CHANCEN UND RISIKEN	9
7	PROGNOSEBERICHT	10

1 GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN

1.1 Gesetzliche Grundlagen

Durch das „Gesetz zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit Baden-Württemberg“ (LUBW-Gesetz) wurden die beiden Einrichtungen am 1. Januar 2006 zur LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg fusioniert.

Die Aufgaben der LUBW sind in § 2 des LUBW-Gesetzes geregelt und werden in § 1 der Satzung aufgefächert. Die LUBW unterstützt die Landesregierung in Fragen des Umwelt-, des Natur- und des Strahlenschutzes, des technischen Arbeitsschutzes sowie der Anlagensicherheit und der Produktsicherheit. Zu den Aufgaben der LUBW gehören neben der Vollzugsunterstützung auch gutachterliche und konzeptionelle Tätigkeiten.

1.2 Unternehmensstruktur

Seit 2010 ist die LUBW in die sechs Abteilungen Zentrale Dienste, Nachhaltigkeit und Naturschutz, Technischer Umweltschutz, Wasser, Informationstechnisches Zentrum Umwelt sowie Messtechnik und Analytik mit insgesamt 26 Referaten gegliedert.

Die notwendigen Regelungen der Geschäftsordnung sind im LUBW-Handbuch dargelegt. Es schafft klare Strukturen und gibt für die vorhandenen Managementsysteme – Umweltmanagement, Qualitätsmanagement, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit sowie Risikomanagement – einen einheitlichen Rahmen vor. Das Handbuch ist über das Intranet der LUBW für alle Beschäftigten jederzeit aktuell verfügbar.

1.3 Wirtschaftliches Umfeld

2015 expandierte die Weltwirtschaft mit einem realen Wachstum von rund 2,5 % leicht schwächer als in den beiden Vorjahren und blieb damit erneut unterhalb des langfristigen Trends. In einem insgesamt verhaltenen weltwirtschaftlichen Umfeld konnten die Volkswirtschaften der Industrieländer im Vergleich zum Vorjahr an Dynamik gewinnen. Obwohl gerade in der ersten Jahreshälfte von der Griechenland-Krise erhebliche Unsicherheiten ausgingen, entwickelte sich die Konjunktur der Europäischen Union positiver als erwartet und erreichte in Summe eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von rund 1,9 %.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich trotz des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds in guter Verfassung. Das Bruttoinlandsprodukt ist nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Jahr 2015 wie erwartet preisbereinigt um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Hauptmotor der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung 2015 war die Inlandsnachfrage, die von der anhaltenden Einkommens- und Beschäftigungsexpansion profitierte. Der Verbraucherpreisindex zeigte im Jahresdurchschnitt ein hohes Maß an Stabilität. Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) erhöhten sich für das Jahr 2015 im Vergleich zu 2014 insgesamt um 4,6 %. Die dem Land Baden-Württemberg nach der Vertei-

lung der Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden zustehenden kassenmäßigen Steuereinnahmen stiegen um 4,2 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Steuereinnahmen hatten keinen direkten Einfluss auf das Basiskapital der LUBW. Die Einlagen des Landes in das Basiskapital betrugen TEUR 18.919,3 (19.861,7). Als zweckgebundene sonstige Einlagen des Landes erhielt die LUBW TEUR 18.877,3 (19.072,2). Zusammen mit Erträgen von TEUR 4.817,3 und Naturalzuschüssen von TEUR 26.214,6 standen der LUBW insgesamt Deckungsmittel von TEUR 68.828,5 (69.970,8) zur Verfügung. Die Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms konnten im geplanten Umfang umgesetzt werden. Dabei wurden die zusätzlichen politischen Schwerpunkte der Landesregierung so weit möglich berücksichtigt.

1.4 Arbeitsschwerpunkte

Im Jahresarbeitsprogramm sind die zu erledigenden Aufgaben im Wesentlichen dokumentiert. In den Quartalsberichten wird über den Erfüllungsgrad regelmäßig informiert. Einige thematische Schwerpunkte sind nachfolgend beispielhaft aufgeführt.

Die Fachexpertise des 2012 gegründeten Kompetenzzentrums Windenergie der LUBW war auch 2015 stark nachgefragt, zum Beispiel bei der Beratung von Genehmigungsbehörden und der Teilnahme bei Erörterungsterminen sowie Veranstaltungen mit Bürgerbeteiligung. Daneben bearbeitete das Kompetenzzentrum übergeordnete Fragestellungen wie Einflüsse von Windenergieanlagen auf Wettersradar oder Flugsicherung. Das umfangreiche mehrjährige Messprojekt „Tieffrequente Geräusche inklusive Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen“ wurde 2015 größtenteils abgeschlossen. Als fachliche Hilfestellung im Themenfeld Artenschutz und Windenergie dienen die im Juli 2015 veröffentlichten „Hinweise zur Bewertung und Vermeidung von Beeinträchtigungen von Vogelarten bei Bauleitplanung und Genehmigung für Windenergieanlagen“. Damit erweitert die LUBW das Angebot an Planungshilfen zum naturverträglichen Ausbau der Windenergie. Um die Datenbasis bei windkraftempfindlichen Arten zu verbessern, wurde 2015 mit der Schwarzstorchkartierung begonnen.

Der seit 2013 bestehende „Potenzialatlas Erneuerbare Energien“ wurde erweitert und 2015 als „Energieatlas Baden-Württemberg“ im Internet veröffentlicht.

Die LUBW ist für die landesweite Offenlandkartierung verantwortlich, die hohen Koordinierungsaufwand erfordert. 2015 wurde in den Landkreisen Karlsruhe und Schwäbisch Hall sowie im Stadtkreis Mannheim kartiert. Die LUBW war 2015 maßgeblich an der Erarbeitung des Berichtes zur Lage der Natur beteiligt, der Anfang 2016 vom Ministerrat verabschiedet wurde.

Wichtige Grundlagenarbeiten wurden mit der Erstellung eines landesweiten Moorschutzprogrammes geleistet. Für ausgewählte Pilotgebiete im Moorschutz begannen erste Renaturierungsplanungen.

Seit Mitte des Jahres steht das in der LUBW neu gegründete Kompetenzzentrum Bioabfall der Verwaltung bei Fachfragen zur hochwertigen stofflichen und energetischen Bioabfallverwertung zur Verfügung.

Im Bereich Wasser lag der Schwerpunkt der Arbeit auf der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie. Durch umfangreiche Zuarbeiten für das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und die Regierungspräsidien sowie die Erstellung von Hintergrunddokumenten und Karten konnte die fristgerechte Veröffentlichung der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme sowie der Hochwasserrisikomanagementpläne gewährleistet werden.

Das EU-geförderte Projekt MAGPlan zur Verbesserung der Grundwasserqualität in Stuttgart fand 2015 mit zahlreichen Publikationen und Fachveranstaltung seinen erfolgreichen Abschluss.

Im Institut für Seenforschung (ISF) konnten 2015 mit den Forschungsvorhaben „SchussenAktivPlus“, „Tiefenschärfe – Hochauflösende Vermessung Bodensee“ und „KlimBo - Klimawandel am Bodensee“ drei Projekte erfolgreich abgeschlossen werden.

Beim Brand der Lobenhausener Mühle wurde mit dem Löschwasser Ammoniumnitrat in die Jagst eingeleitet. Der Einsatz der LUBW in Folge dieses Schadensfalls bildete einen Schwerpunkt der Arbeiten im Jahr 2015, der nicht absehbar war. Umfangreiche Untersuchungen gaben Auskunft über die ökologischen Auswirkungen auf die Jagst.

Die Problematik der per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC) hat auch 2015 große Kapazitäten der LUBW gebunden. So war die LUBW intensiv in die Klärung der Ursachen sowie in die Suche nach Sanierungsansätzen der PFC-Verunreinigungen im Raum Baden-Baden, Rastatt und Mannheim involviert. Dazu wird durch die LUBW unter anderem ein detailliertes Grundwassermodell zur Simulation des Transports der PFC-Belastungen entwickelt.

Die Errichtung der BITBW hat direkte Auswirkungen auf die Arbeit und Organisation der LUBW. Der Abschluss einer Migrationsvereinbarung wurde vom Informationstechnischen Zentrum Umwelt im Jahr 2015 durch umfangreiche Erhebungen unterstützt.

Die Mitte Juli 2015 in Kraft getretene Betriebssicherheitsverordnung machte eine Anpassung des Anlagenkatasters (AnKa), eine internetbasierte Datenbank für überwachungsbedürftige Anlagen, erforderlich. Die neue AnKa-Version wird 2016 in Betrieb gehen. Mit Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen werden spätestens 2017 zwei weitere Bundesländer dem AnKa-Verbund beitreten.

Planmäßig wurden im Luftmessnetz ältere Stationsgehäuse (Container), die nicht mehr effizient betrieben werden konnten, ersetzt. Langfristig tragen diese Investitionen zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Luftmessnetzes sowie zur Ressourcenschonung und Lärminderung bei. Für das Spotmessnetz Baden-Württemberg wurden in der Landeshauptstadt Stuttgart fünf neue Messstellen zur temporären Erweiterung der Luftschadstoffmessungen (Stickstoffdioxid und teilweise Feinstaubpartikel PM10) eingerichtet. Ferner wurden an weiteren Standorten in Baden-Württemberg bis Jahresende fünf neue Spotmessstellen zur Erhebung der Luftschadstoffe PM10 und Stickstoffdioxid aufgrund der 2015 aktualisierten Prioritätenliste eingerichtet.

Im Labor für Wasser und Boden wurde 2015 die Entwicklung von Prüfverfahren für schwierig zu bestimmende organische Spurenverunreinigungen in Oberflächengewässern vorangetrieben. Ziel war es, bei der Überwachung des Rheins ein erheblich erweitertes Stoffspektrum als bisher bestimmen zu können. Als erstes staatliches Labor in Deutschland kann die LUBW nun Totalherbizide im Spurenbereich vollautomatisch bestimmen und mit den neu entwickelten Multimethoden ab dem Jahr 2016 insgesamt 250 neue Zielsubstanzen in der Rheinüberwachung zeitnah detektieren.

Die Arbeit der LUBW mündet jährlich in zahlreiche Fachpublikationen. Im Jahr 2015 besonders hervorzuheben sind die Umweltdaten Baden-Württemberg 2015. Dieser im dreijährigen Turnus erscheinende Umweltzustandsbericht gibt einen fundierten Überblick über den Zustand von Umwelt und Natur in Baden-Württemberg.

1.5 Personal

Die LUBW hatte am 31.12.2015 insgesamt 527 (527) aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Für die Anstaltsangestellten, die vor dem 01.01.2009 eingestellt worden sind, gelten die Regelungen des TÜV-Tarifvertrages. Neueinstellungen im Anstaltsteil erfolgen seit dem 01.01.2009 nach dem am 23.03.2008 abgeschlossenen Haustarifvertrag. Danach finden die gleichen tariflichen Regelungen Anwendung, die auch für Landesbeschäftigte gültig sind. Für das Landespersonal (Landesbeamte und Beschäftigte des Landes) sind die beamtenrechtlichen Bestimmungen bzw. der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) maßgebend.

Im Geschäftsjahr 2015 hatten insgesamt elf Studierende der Dualen Hochschule Baden-Württemberg bei der LUBW ihren Ausbildungsplatz. Zwei Chemielaborantinnen und zwei Bürokauffrauen befanden sich in der Ausbildung.

[...]

2 ERTRAGSLAGE

Im Geschäftsjahr 2015 konnten mit TEUR 4.817,3 um TEUR 1.167,3 höhere Erträge erreicht werden als geplant.

[...]

Im Betrieb gewerblicher Art wurden TEUR 1.285,7 Umsatzerlöse erzielt. [...] Den Umsatzerlösen standen direkte Kosten von TEUR 318,5 (TEUR 354,0), Personalaufwand von TEUR 438,2 (TEUR 467,8), Kosten der internen Leistungsverrechnung von TEUR 357,1 (TEUR 437,2) und indirekte Kosten von TEUR 158,0 (TEUR 166,7) gegenüber. Der Betrieb gewerblicher Art leistet damit einen wesentlichen Deckungsbeitrag innerhalb der Kostenstruktur der LUBW. Im Geschäftsjahr 2015 wird mit 254 Euro (Euro 446.000) ein ausgeglichenes Ergebnis vor Steuern ausgewiesen.

Aus hoheitlichen Beistandsleistungen konnten TEUR 49,2 (TEUR 45,4) Erträge erzielt werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf TEUR 1.363,5 (TEUR 1.643,8). Davon betragen die zweckgebundenen Zuwendungen Dritter für 21 laufende Projekte TEUR 1.116,2 (TEUR 1.319,7).

[...]

Die Personalkosten betragen insgesamt TEUR 31.541,0 (TEUR 31.081,9); sie liegen TEUR 657,0 unter dem Planwert. Die Aufwendungen für die Landesbeschäftigten betragen TEUR 22.917,0 (TEUR 22.397,3) und liegen TEUR 233,0 unter dem Planwert. Im Staatshaushaltsplan 2015/2016 wurden 2015 für die LUBW zusätzlich acht neue Stellen ausgewiesen. Von diesen wurden fünf Stellen im Laufe des Jahres besetzt; die insgesamt für das zusätzliche Personal geplanten Mittel wurden nicht voll ausgeschöpft. In den übrigen drei Fällen wurde das Besetzungsverfahren abgeschlossen – die Stellen wurden zum 01.01.2016 besetzt.

Die Personalaufwendungen für das Anstaltspersonal betragen TEUR 8.624,0 (TEUR 8.684,6). [...] Beim Anstaltspersonal führen diese Reduzierung sowie krankheitsbedingte Ausfallzeiten, Veränderungen bei den Teilzeitbeschäftigten und zeitlich verzögerte Nachbesetzungen zu einer Unterschreitung des Planwerts um TEUR 424,0.

Die bezogenen Leistungen betragen TEUR 25.709,3 (TEUR 25.920,4); sie liegen insgesamt TEUR 1.209,3 über dem Plan. [...] Alle der LUBW zugewiesenen sonstigen Einlagen des Landes sind zweckgebunden. Für die Erfüllung der damit verbundenen Aufgaben werden die notwendigen Verträge über Lieferungen und Leistungen abgeschlossen. Die entsprechenden Aufwendungen sind im Wesentlichen in den bezogenen Leistungen enthalten.

[...]

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt TEUR -63.644,4 (TEUR -62.813,2). Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von TEUR -63.652,5 (TEUR -62.954,3).

Dem Jahresfehlbetrag stehen die Einlagen des Landes in das Basiskapital, die sonstigen Einlagen des Landes, der Naturalzuschuss für die Überlassung der Landesbeschäftigten und der Naturalzuschuss für die Überlassung der Liegenschaften gegenüber.

3 FINANZLAGE

Zum 31.12.2015 beträgt das Eigenkapital TEUR 33.737,4 (TEUR 33.378,7). Die Einlagen des Landes liegen mit TEUR 64.011,2 (TEUR 64.628,8) über dem Jahresfehlbetrag von TEUR -63.652,5 (TEUR -62.954,3). Insgesamt erhöht sich das Eigenkapital um TEUR 358,7 gegenüber dem Vorjahr.

Die Einlagen des Landes stellen keine unzulässigen Beihilfen nach Artikel 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) dar.

Im Finanzplan 2015 waren für die LUBW Einlagen des Landes in das Basiskapital in Höhe von TEUR 18.973,3 (TEUR 20.007,1) geplant. Berücksichtigt wurden dabei Einsparungen zur Erbringung einer Effizienzrendite von TEUR 345,3 und eine konkretisierte Globale Minderausgabe von TEUR 44,7. [...]

Nach der Verabschiedung des Wirtschaftsplans wurden die geplanten Einlagen des Landes in das Basiskapital um eine weitere globale Minderausgabe von insgesamt TEUR 61,4 gekürzt und um einen pauschalierten Sachkostenanteil von TEUR 12,0 für drei zusätzliche Stellen erhöht. Daher liegen die Einlagen des Landes in das Basiskapital insgesamt um TEUR 49,4 unter dem Planwert. Nach den Ausgleichszahlungen für fremdfinanziertes Personal standen der LUBW 2015 Einlagen des Landes in das Basiskapital in Höhe von TEUR 18.919,3 (TEUR 19.861,7) zur Verfügung.

Die sonstigen Einlagen des Landes, die für konkrete Projekte zweckgebunden zugewiesen werden, betragen für das Jahr 2015 insgesamt TEUR 18.877,3 (TEUR 19.072,2). Die Mittel für die betreffenden Projekte wurden zum Teil im Jahr 2015 eingesetzt, zum Teil werden sie in den Folgejahren benötigt. Die 2015 nicht eingesetzten sonstigen Einlagen des Landes und die nicht eingesetzten Zuschüsse Dritter in Höhe von TEUR 11.305,1 (TEUR 10.579,6) wurden in das Budget 2016 übertragen.

[...]

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen TEUR 3.588,5 (TEUR 4.068,8). Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen TEUR 257,5 (TEUR 402,4).

4 VERMÖGENSLAGE

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2015 Zugänge zum Anlagevermögen in Höhe von TEUR 3.937,9 (TEUR 4.304,4) aktiviert. Die Abschreibungen betragen TEUR 3.722,4 (TEUR 3.605,4). Das Anlagevermögen erhöhte sich von TEUR 19.007,5 am 31.12.2014 auf TEUR 19.217,8 am 31.12.2015. Auf den Betrieb gewerblicher Art entfallen TEUR 180,8 Investitionen (TEUR 108,6).

[...]

Die Liquidität der Anstalt war im Geschäftsjahr 2015 stets ausreichend. Der Zahlungsverkehr der LUBW wird über die Landesoberkasse Baden-Württemberg (LOK) abgewickelt. Die freien Mittel stehen der LUBW im Cash Pool des Landes zur Verfügung. Die liquiden Mittel der LUBW reduzierten sich im Geschäftsjahr 2015 um TEUR 30,6. Dem Guthaben bei der Landesoberkasse Baden-Württemberg zum 31.12.2015 in Höhe von TEUR 20.060,6 (TEUR 20.092,4) standen im Jahr 2015 eingegangene vertragliche Verpflichtungen (Kaufverträge, Werkverträge), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, verfügbare Mittel für die Nachkonditionierung radioaktiver Altabfälle sowie in das Budget 2016 zu übertragende zweckgebundene sonstige Einlagen des Landes und Zuschüsse Dritter gegenüber.

5 NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der LUBW sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

6 BERICHT ZU CHANCEN UND RISIKEN

Das 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) fordert für alle Kapitalgesellschaften die Einführung eines Risikomanagementsystems. Die LUBW muss nach § 9 Abs. 1 des LUBW-Gesetzes ihren Jahresabschluss entsprechend den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften erstellen. Nach § 6 Abs. 5 der LUBW-Satzung ist die LUBW verpflichtet, ein Risikomanagementsystem einzurichten. Im Rahmen des Risikomanagementsystems werden auftretende Risiken nach Risikobereichen gegliedert und entsprechend einer individuell vorgenommenen Risikoeinschätzung bewertet. Das Risikohandbuch und der Bericht Risikomanagement 2015 sind im Intranet der LUBW für alle Beschäftigten zugänglich.

Mit der Satzungsänderung vom 19.07.2013 wurde der Public Corporate Governance Kodex (PCGK) in der LUBW verbindlich eingeführt. Im Corporate Governance Bericht erklären die Präsidentin und der Verwaltungsrat der LUBW insbesondere, dass sämtlichen Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg entsprochen wurde und diesen Empfehlungen auch künftig entsprochen wird.

[...]

Die Aufgaben der LUBW sind im LUBW-Gesetz geregelt. Für diese Aufgaben wurden der LUBW 2015 Einlagen des Landes in Höhe von TEUR 64.011,2 zur Verfügung gestellt. Der Anteil der zweckgebundenen sonstigen Einlagen des Landes beträgt wie im Vorjahr 29,5 %.

Die Landesregierung ist verpflichtet, bis 2020 die Neuverschuldung auf null zu reduzieren. Dennoch geht die LUBW in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung dauerhaft von Einlagen des Landes in das Basiskapital auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2015 aus.

Aktuelle politische Schwerpunktsetzungen führen zu neuen Tätigkeitsfeldern, wie zum Beispiel im Hochwasserschutz, der Windenergie und im Bioabfall. Werden der LUBW wie bisher für neue Schwerpunkte entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt, bietet sich die Chance, neue Aufgaben und Tätigkeitsfelder zu erschließen. Sofern aus haushaltspolitischen Gründen die Ressourcen nicht zur Verfügung gestellt werden können, muss die LUBW die Ressourcen aus eigenen Mitteln erwirtschaften. Dies schließt das Risiko ein, dass die LUBW ihre gesetzlichen Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang erfüllen kann.

Im November 2014 startete die LUBW den Strategieprozess „LUBW 2020“, mit dem Ziel, vor dem Hintergrund von Haushaltskonsolidierung und Schuldenbremse 2020 die künftige strategische Ausrichtung der LUBW festzulegen und einen realistischen Zukunftsplan für das nächste Jahrzehnt zu formulieren. Dabei wurden die Rahmenbedingungen der LUBW und relevante Herausforderungen der Zukunft ergebnisoffen in die Diskussion mit einbezogen. Die Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen an das Aufgabenspektrum und die Aufgabenerfüllung wurden abgefragt und bei der Entwicklung von Maßnahmen berücksichtigt. Die folgenden zentralen Handlungsfelder wurden identifiziert und konkrete Maßnahmenvorschläge zur Umsetzung erarbeitet: Themen und Aufgaben der LUBW, Wissensmanagement, flexible und lernende Organisation, Personal- und Führungskräfteentwicklung, Open-Data-Strategie sowie Messnetze, Monitoring und Datenmanagement. In einem strukturierten Umsetzungsprozess sollen die gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LUBW erarbeiteten Maßnahmen nachhaltig in der Organisation verankert werden. Dieser Prozess bietet die Chance, die Entwicklung der LUBW zukunftsgerecht zu steuern. Mit dem Strategieprozess stellt die LUBW die Weichen, um die zentralen Herausforderungen der nächsten 5 bis 15 Jahre aktiv zu gestalten. Die Herausforderungen, Chancen und Risiken ergeben sich aus den zentralen Rahmenbedingungen, den relevanten Zukunftstrends, den Anforderungen, die die Auftraggeber und wesentlichen Anspruchsgruppen an die LUBW formulieren, und den Stärken und Schwächen der eigenen Organisation.

Am 01.07.2015 ist das Gesetz zur Errichtung der „BITBW“, einer zentralen Landesoberbehörde für Informationstechnik, in Kraft getreten. Aufgaben, die gemäß LUBW-Gesetz bei der LUBW verankert sind, insbesondere Entwicklung, Betrieb, Pflege und Betreuung von IuK-Fachverfahren und zentralen landesweiten Datenbanken im Umweltbereich, sollen in mehreren Stufen an BITBW übertragen werden. Die Errichtung der BITBW hat direkte Auswirkungen auf die Arbeit und Organisation der LUBW und beinhaltet damit auch Risiken. In der Migrationsvereinbarung vom 12.11.2015 zwischen dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, der LUBW und dem Innenministerium Baden-Württemberg wurden für definierte Aufgaben die Termine und der entsprechende Ressourcenausgleich für den Übergang an BITBW festgelegt. Um Risiken zu minimieren, ist die Umsetzung der Migrationsvereinbarung zu überwachen. Der Prozess für weitere Aufgabenverlagerungen ist sorgfältig zu planen und mit den betroffenen Ministerien abzustimmen. Damit die LUBW ihre Aufgaben erfüllen kann, müssen bestimmte IT-Kernkompetenzen unmittelbar in der LUBW verankert bleiben. Mit dem Innenministerium, das für IT-Zentralisierung zuständig ist, wurde vereinbart, dass die LUBW diese bis Sommer 2016 definiert.

Weitere wirtschaftliche und finanzielle Risiken, welche die Entwicklung der LUBW, die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage nachhaltig beeinträchtigen oder gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

7 PROGNOSEBERICHT

Im Staatshaushaltsplan 2015/2016 werden für das Jahr 2016 als Zuschuss in das Basiskapital der LUBW TEUR 18.923,6 (TEUR 18.973,3) ausgewiesen. Berücksichtigt wurden Einsparungen zur Erbringung einer Effizienzrendite von TEUR 523,3 (TEUR 345,3) und eine konkretisierte Globale Minderausgabe von TEUR 45,7 (TEUR 44,7). Zusätzlich ist im Geschäftsjahr 2016 eine Globale Minderausgabe in Höhe von TEUR 295,6 zu erbringen. [...]

Im Rahmen der Aufstellung des Staatshaushaltsplans 2017 sind für die LUBW Zuschüsse in das Basiskapital in Höhe von TEUR 19.428,7 vorgesehen; dies entspricht der fünfjährigen vorausschauenden Wirtschaftsplanung. Auch in allen anderen Positionen der Planung 2017 sind aus heutiger Sicht keine relevanten Abweichungen erkennbar.

Der Verwaltungsrat hat in der 22. ordentlichen Sitzung am 07.12.2015 dem Wirtschaftsplan 2016 mit Jahresarbeitsprogramm, Erfolgsplan, Finanzplan, Investitionsplan, Stellenübersicht und fünfjähriger vorausschauender Wirtschaftsplanung zugestimmt. Der Wirtschaftsplan wurde vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft mit Schreiben vom 24.02.2016 genehmigt.

Für 2016 wurde geplant, dass der LUBW sonstige Einlagen des Landes in Höhe von TEUR 14.000,0 zugewiesen werden. Zusätzlich sind im Wirtschaftsplan aus den Überträgen der Vorjahre TEUR 4.000 sonstige Einlagen des Landes im Finanzplan berücksichtigt. Wesentliche Fachaufgaben, die durch die sonstigen Einlagen des Landes finanziert werden, sind: Fließgewässermonitoring nach Wasserrahmenrichtlinie, Grundwasserschutz im Rahmen der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO), Pegelmessnetz der Fließgewässer, Monitoring gefährdeter Arten- und Lebensraumtypen nach FFH-Richtlinie und das Projekt KLIMOPASS.

Der Erfolgsplan weist für das Geschäftsjahr 2016 einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 64.994,6 aus, der über die im Finanzplan dargestellten Deckungsmittel ausgeglichen wird. Im Geschäftsjahr 2016 sind Erträge in Höhe von TEUR 3.850,0 geplant, davon TEUR 1.250,0 Umsatz im Betrieb gewerblicher Art. Die Planung der Aufwendungen für „Landespersonal“ sowie für „Gehälter und soziale Aufwendungen“ berücksichtigt die jeweils zu erwartenden Tarifsteigerungen und die Kosten für Stufen- und Zeitaufstiege. Im zweiten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 2015/2016 sind für die LUBW sechs neue Stellen für die Stärkung des nuklearen Notfallschutzes enthalten. Im Wirtschaftsplan 2016 sind Investitionsmittel in Höhe von TEUR 3.500,0 vorgesehen. Damit sind die geplanten Investitionsmittel geringer als die erwarteten Abschreibungen von TEUR 3.600,0.

Mit den Einlagen des Landes in das Basiskapital, die der LUBW nach derzeitiger Planung im Geschäftsjahr 2016 zur Verfügung stehen, und mit den in Aussicht gestellten sonstigen Einlagen des Landes können aus heutiger Sicht die Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms 2016 im geplanten Umfang umgesetzt werden.

Karlsruhe, den 31. März 2016



Margareta Barth
Präsidentin